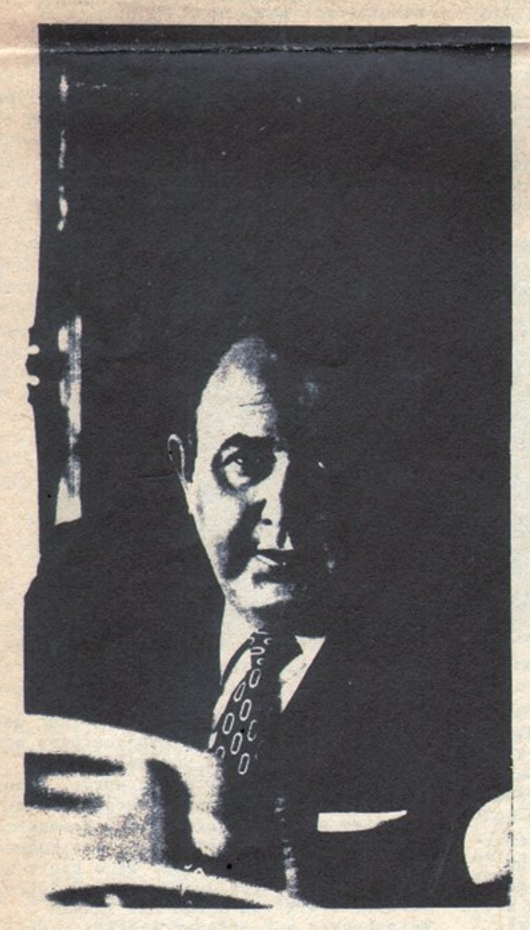
Berliner Anzünder

1/72, preis: 50 pf., Westgermanien: 60 pf. DDR: 2 jahre knast, linie: ernst und parteiergreifend

Die Straßen unseres Landes sind in Aufruhr! Die Universitäten voller



Bulleninnenminister Genscher

Studenten, die nichts tun als rebellieren und Krawall machen. Die Kommunisten versuchen unser Land zu zerstören. Rußland bedroht uns mit seiner Macht und die Republik ist in Gefahr. Jawohl, Gefahr von innen und von außen! Was wir jetzt brauchen, ist Ruhe und Ordnung, oder die Nation wird nicht überleben!

Adolf Hitler 1932

Mandel und die Bullen

Nun ist die katze aus dem sack. Wissenschaftssenator Stein braucht nicht mehr, wie im falle der Holst-berufung, 12 gutachten anfordern, um endlich 2 schlechte und einen vorwand zu haben, Holst wegen "mangelnder wissenschaftlicher qualifikation" ablehnen zu können. Der hamburger erlass und der ministerpräsidentenbeschluss zum berufsverbot von linken "verfassungsfeinden" geben ihm und seinesgleichen die möglichkeit, ungeniert farbe bekennen zu können: linke und marxisten - und nur diese! - dürfen an deutschen schulen, hochschulen und universitäten nicht lehren. Nicht wegen mangelnder qualifikation - Mandel ist ein international und auch bei konservativen anerkannter wissenschaftler; Lefevres qualitäten kennen wir aus eigener anschauung aus der studentenrevolte - sondern, weil sie den herrschenden politisch nicht genehm sind. Stein: "Nach § 27 unig habe ich nicht nur die wissenschaftlichen fähigkeiten des bewerbers zu prüfen", sondern Mandel abzulehnen, weil der "das ziel verfolgt, die im gurndgesetz verankerte freiheitlich-demokratische grundordnung auch mit revolutionären mitteln zu bekämpfen". (so im ablehnungsbeschluss vom 22.2.) Dass Mandel überhaupt erst eine freie und demokratische ordnung einführen will: die rätedemokratie, und diese nur mit zustimmung der mehrheit der bevölkerung (Mandel in seiner antwort an den westberliner senat), wird von jenen, die mit berufs- und einreiseverbot, pressemanipulation und polizeiterror die verfassungsgrundsätze täglich brechen, als verfassungsfeindlich denunziert. Von jenem Stein z.b., dessen verbot der 3 germanistischen seminare an der FU 1971 vom verwaltungsgericht in Berlin als verfassungswidrig erklärt worden war.

> *Es mag tausende prinzipien des marxismus geben, aber letzten endes können sie in einem satz zusammengefasst werden:*
>
> *REBELLION IST BERECHTIGT!*
>
> *Mao Tse-Tung*

Warum?

Wieder ein neues flipperblatt? Noch eine hauspostille einer linken sekte? Ein neues kneipenblatt für Berlin-besucher oder fürs scheisshaus?

Jedenfalls: kein parteiblatt. Eher etwas ähnliches wie die "gute" alte "Agit. 883".

Aber: wir wollen uns nicht damit begnügen (und vergnügen), ein pig mit einem schönen titel zu versehen. Wir werden uns bemühen aufzuzeigen, wiso ein pig ein pig ist.

Und: wir wollen uns nicht darauf beschränken zu sagen: pig muss putt. Wir werden versuchen zu beweisen, warum ein pig geschlachtet werden muss. Darum werden wir auch über die schlachtfeste in Italien, Frankreich, Lateinamerika usw. berichten - damit wir daraus lernen können.

Vor allem: wir wollen über unsere eigenen auseinandersetzungen am arbeitsplatz, in den stadtteilen, in der lehre, schule und universität berichten und Eure kämpfe gegen unterdrückung und ausbeutung agitatorisch unterstützen.

Schliesslich: wir sind für das lustprinzip - wir werden uns bemühen ein blatt zu mache, das zu lesen auch vergnügen bereitet.

Wer wir sind: ein autonomes redaktionskollektiv von antiautoritären sozialisten, die sich bemühen werden, undogmatisch zu schreiben und solidarisch mit a l l e n genossen und unterdrückten zu handeln.

Kritik, informationen, artikel, neue knast-anschriften, karikaturen, bestellungen (für genossen im knast ab 1 exemplar, sonst ab 10) usw. an: Sozialistisches Zentrum, 1 Berlin 21, Stephanstr. 60 (n i c h t "Berliner Anzünder" auf den umschlag schreiben, aber auf den brief!).

Verkäufer bekommen 15 pfennig pro exemplar.



Mandel: trotzkist u. jude



Valpreda: anarchist u. itaker

Mit ähnlich fadenscheinigen begründungen ist Lefevre - dem nach 2jährigen verhandlungen die anstellung als assisten an der FU zunächst zugesagt worden war! - jetzt ebenfalls abgelehnt worden. Ein mann, der durch seine aktivitäten wesentlich zur demokratisierung der freien Universität und zum berliner hochschulgesetz beigetragen hat. Diese aktivitäten werden ihm heute zum vorwurf gemacht. Stein: im ablehnungsbeschluss: "Er war funktionär des (legalen, d.red.) Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)." Und er wurde abgelehnt, weil er in einem interview im Westdeutschen Rundfunk erklärt hatte (legal), dass die studenten den arbeitern bei ihren auseinandersetzungen mit den unternehmern in der fabrik hilfestellung zu geben hätten (was auch nach der bürgerlichen verfassung der BRD nicht illegal zu sein braucht); weil er aktiv in betriebsgruppen bei Bosch und Siemens und in der PL/PI (Proletarische Linke/ Partei-Initiative) gearbeitet hat (ebenfalls legal), die für die rätedemokratie eintrat (legal); weil Lefevre für eine (legale) demonstration verantwortlich und für zwei ausgaben der (legalen) betriebszeitung "Klassenkampf" mitverantwortlich zeichnete (beides legal). (Ablehnungsbeschluss vom 21.2.)

Berufsverbot u. Terror!

Die berliner "fälle" Mandel, Lefevre, Domdey und Zentralinstitut für Soziale Medizin sind keine einzelfälle. In Hamburg sind jüngst die lehrerinnen Ilse Jacob, deren vater als widerstandskämpfer von den nazis higerichtet wurde, und Heike Gohl, deren vater nach kriegsende an der hamburger verfassung mitgewirkt hat, gegen den protest der kollegen, schüler und eltern der schüler aus politischen gründen aus dem schuldienst entlassen.

Frl. Bleibtreu: kommunist und suffragette

Wen wundert es heute noch, dass der demonstrant Ohnesorg mit genickschuss erledigt werden konnte und sein mörder Kuras 2 mal freigesprochen wurde? Wenn ein zivilbulle bei der Kambodja-demonstration einen kollegen und 3 demonstranten anschiessen konnte, ohne zur rechenschaft gezogen zu werden? Wenn heute zur jagd auf linke geblasen wird und Petra Schelm, Georg von Rauch und Thomas Weissbecker auf offener strasse abgeknallt werden? Und es ist gewiss kein zufall, wenn der mörder des konstanzer lehrling Martin Katschkers, Obser, nur 3 jahre knast bekam und eine zeugin

Republik Deutschland

sich unwidersprochen im gerichtssaal bei ihm dafür bedanken durfte, dass er eines dieser "tiere", die sich auf dem Blätzle-Platz herumtrieben, umgelegt zu haben. Und es ist gewiss kein zufall, dass andererseits gegen den genossen Dieter Kunzelmann ein terrorurteil gefällt wurde: 9 jahre knast für einen "mordversuch", d.h. für das unbewiesene legen eines brandsatzes, dessen zünder so konstruiert war, dass er sich garnicht entzünden konnte.

Ebenso ist es sicherlich kein zufall, dass ende märz die CSU durch ein rundfunkgesetz den Bayerischen Rundfunk okkupierte und der SPD-senat in Berlin die berliner parteizeitungen subventioniert, gleichzeitig aber dem organ des Landesjugendrings, dem kritischen Blickpunkt die hälfte der sowiso schon knappen zuschüsse streicht. In diesen rahmen passt es gut, wenn ein erzkonservativer wie der ehemalige CDU-justizminister Benda präsident des Bundesverfassungsgerichts wird.



Schuß auf einen Autodieb

Auf einen Autodieb feuerte gestern abend ein Polizist am Zabel-Krüger-Damm in Lübars einen Schuß ab. Der 20jährige wurde am linken Oberschenkel durch einen Streifschuß verletzt und danach festgenommen. Nach Angaben der Polizei soll er beim Diebstahl eines Wagens überrascht worden sein. 11. 4. (Tsp).

Die von linken bereits in der studentenrevolte vorausgesagte faschisierung der kapitalistischen gesellschaft schreitet voran - nicht nur in der BRD. Es ist gewiss kein zufall, dass in der Bundesrepublik ein Schrübbes, der während der nazizeit als staatsanwalt sozialisten und kommunisten verfolgte und für bagatellsachen hohe strafen forderte, bis vor kurzem bundesverfassungsschutz-präsident sein konnte und dass in Italien ein De Lorenzo, ehemals generalstabs- und geheimdienst-chef Italiens und verfasser eines umsturzplans nach dem vorbild der griechischen obristen, und der admiral Birindelli, vor wenigen wochen noch Nato-befehlshaber süd, heute wahlkandidaten der neofaschistischen MSI sind.

Es ist kein zufall, dass 1969 in einer mailänder bank eine bombe explodierte, bei der 16 menschen ums leben kamen, und dass dieser anschlag den anarchisten - mit hilfe der justiz - in die schuhe geschoben wird, trotz dem alles dafür spricht, dass es die tat von faschisten war , und dass die prozesszeugen dahinsterben, wie die zeugen des Kennedy-mordes seinerzeit. (Siehe Valpreda-artikel!) Es entspricht dem faschisierungsprozess in Westeuropa, wenn ein zettel-verteilender arbeiter vor dem Renault-werk in Paris erschossen wird. (Siehe Overney-artikel!) Wir glauben auch nicht, dass Feltrinelli in Mailand eine bombe legen wollte und dabei ums leben kam. Alles deutet darauf hin, dass er ermordet worden ist - möglicherweise vom CIA.

Den faschisierungsprozess in der BRD und in Westberlin aufzuhalten und dem justizund polizeiterror entsprechende mittel entgegenzusetzen, ist für linksradikale wie auch für linksliberale und linke christen eine frage des überlebens geworden, des gesellschaftlichen, beruflichen und physischen überlebens, nicht nur des politischen. Die "fälle" Mandel und Lefevre sind ein schlag der herrschenden gegen die studenten, er muss von den studenten abgewehrt werden. Er ist ein schlag gegen die erfolge der studentenrevolte: mitbestimmung bei der auswahl der lehrer. Er ist die erste einschneidende reaktion der herrschenden auf die hochschulreform. Die hochschulreform war für die herrschenden die bananenschale, mit der diese interessenten von "ruhe und ordnung" uns von der strasse ins getto hochschule und universität zurückgelockt haben. Nachdem sich diese schale als banane entpuppte: studentische basis zur unterstützung der arbeiterklasse, versucht man uns die banane wieder abzunehmen und durch abfall zu ersetzen: hochschulrahmengesetz, berufsverbot... Schmeissen wir ihnen die bananenschale zwischen die beine, damit sie darauf ausrutschen! Der "fall" Mandel ist ein testfall. An diesem testfall wird sich erweisen, ob wir stark genug sind, den angriff der reaktion - heute und morgen - zurückzuweisen. Der "fall" Mandel ist symphtomatisch, beispielhaft. Diesmal haben wir bundesgenossen.

Durchkreuzen wir die interessen des senats und des rechten SPD-flügels, sich vor dem konkurrenten CDU, vor der Notgemeinschaft, vor den Springer-lesern als ordnungshüter und kommunisten-fresser aufspielen zu können! Schluss mit den repressionen, schluss mit "ruhe und ordnung" in einer faschistoiden gesellschaft! Heraus aus dem getto hochschule! Hinein in die stadt, auf die strasse, in die kaufhäuser, verkehrsmittel und ämter, in die theater, schulen und kirchen! Entfaltet Euch! Entfaltet Eure revolutionäre phantasie! Das system ist verwundbar - tag und nacht... Das system ist morsch - es wird fallen!

MANDEL UND LEFEVRE AN DIE UNI!

Straßenschlacht in Neapel zwischen Schülern und Polizei

26 Beamte und acht Demonstranten wurden verletzt

Neapel (AP). **Rund 1000 Oberschüler lieferten gestern der Polizei in Neapel eine Straßenschlacht und setzten damit die seit Tagen anhaltenden Unruhen in Italien, die durch Demonstrationen gegen die Neofaschisten ausgelöst wurden, fort. Sie errichteten eine Barrikade, griffen die Polizisten mit Steinen an und warfen Möbel aus ihrer Schule. Nach Angaben der Polizei wurden 26 Beamte und acht Demonstranten verletzt. 45 Personen wurden festgenommen.**

Die Oberschüler protestierten gegen die Festnahme von zwei Mitschülern, die beschuldigt werden, in der vergangenen Woche einen Bombenanschlag auf ein Büro der Neofaschisten verübt zu haben.

In Rom wurde gestern das Ergebnis einer von den Christlichen Demokraten in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage veröffentlicht. Danach hat rund ein Viertel der 37,5 Stimmberechtigten, die im Mai ein neues Parlament zu wählen haben, seit der letzten Abstimmung im Jahre 1968 die politischen Fronten gewechselt.

Tsp. 12. 4. 72



Mein Onkel war ein gewaltloser Dompteur . . .

„Sie hat mir mal Strolch jenannt"

Vor einem Jugendschöffengericht gab ein 20jähriger Angeklagter gestern zu, daß er sich im vergangenen Jahr durch fingierte Bestellungen an einer Hausgenossin „habe rächen wollen. Der Grund: „Sie hat mir mal ‚Strolch' jenannt, und det ärjert mir noch heute." Tsp. 7. 4. 72

Die nach seinen Angaben 80 Jahre alte Frau war zunächst — für sie völlig überraschend — vom Vertreter eines Buchversandhauses besucht worden, der zur Legitimation eine mit ihrem Namen unterzeichnete Werbeantwortkarte vorwies. Und einige Zeit später baten zwei weitere Firmen um Bestätigung der Aufträge, die auf zwei Jahresabonnements von Zeitschriften sowie auf Lieferung einer sechsteiligen Büroeinrichtung lauteten.

Verfassung oder Kapital?

Ernest Mandel antwortet dem Westberliner Senat

1. Der Beschluß des Westberliner Senats, meine Berufung an die Freie Universität auf Grund meiner Zugehörigkeit zur IV. Internationale zu verweigern, beinhaltet eine deutliche Abkehr der Westberliner SPD-Führung von den Prinzipien des Rechtsstaates. Denn diese Prinzipien beinhalten, daß niemand diskriminiert werden kann, wenn er sich nicht als Person eines Vergehens oder Verbrechens schuldig gemacht hat. Kollektive Diskriminierungsmaßnahmen gegen Mitglieder von irgendwelchen weltanschaulichen, religiösen oder rassischen Minderheiten bauen den Rechtsstaat zu Gunsten einer sich auf die Staatsräson berufenden Willkür ab. Man fängt mit sogenannten linksradikalen Minderheiten an, dann kommen diejenigen mit der jüdischen Großmutter, dann gehts gegen Streikhetzer oder Pressehetze überhaupt, und es endet schließlich bei all denjenigen, die dem örtlichen Satrap irgendwie unangenehm sind. Soweit sind wir jedoch glücklicherweise noch nicht, aber die ersten Schritte in dieser Richtung werden gegangen. Eine Hexenjagd maccarthyistischer Natur fängt an. Sie kann nur weitergeführt werden, wenn eine Armee von Spitzeln und Denunzianten über die Linke herfällt, um die Zugehörigkeit zu einer Organisation auch in jenen Fällen zu "beweisen", wo sie nicht "eingestanden" wird. Das ganze öffentliche Leben kann durch solche Praktiken nur vergiftet werden.

2. Mir ist kein Beschluß des Verfassungsgerichts bekannt, der die IV. Internationale in der BRD für verfassungswidrig erklärt. Somit erlaubt sich hier die Exekutive, etwaigen Richterbeschlüssen vorzugreifen und sie gleichzeitig dadurch schwerstens zu beeinflussen.

3. Die angebliche Verfassungsfeindlichkeit der IV. Internationale wird auf ihre Absicht zurückgeführt, die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" stürzen zu wollen. Das ist eine plumpe Fälschung. In keinem programmatischen Dokument der IV. Internationale ist von einem Kampf gegen irgendeine "freiheitlich-demokratische Grundordnung" die Rede; der Westberliner Senat wird diesbezüglich nicht eine einzige Zeile zitieren können. Diese ganze Argumentation hat nur dann Sinn, wenn für den Senat "freiheitlich-demokratische Grundordnung" und kapitalistische Ausbeutung synonym sind. Diese Ausbeutung wollen wir allerdings stürzen, genauso wie wir die Abschaffung jeglicher Form gesellschaftlicher Ungleichheit, Unterdrückung und Ungerechtigkeit durch den Aufbau einer klassen- und ausbeutungslosen Gesellschaft erreichen wollen. Es wäre interessant zu erfahren, ob nach Ansicht des Westberliner Senats der Kampf für den Sturz des Kapitalismus für verfassungswidrig erklärt werden soll. Sollte dies zutreffen, so müßte der Senat ein Verfahren für die Auflösung des DGB anstreben, dessen Münchner Grundsatzerklärung die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum fordert, was dem Kapitalismus tatsächlich ein Ende bereiten würde.

4. Ein anderes Argument für die Verfassungsfeindlichkeit der IV. Internationale ist für den Senat ihr Eintreten für eine Räterepublik. Der Senat, der sich so um Kenntnisse der Statuten der IV. Internationale bemüht hat, sollte sich doch etwas eingehender mit ihren programmatischen Texten beschäftigen. Er würde dann nämlich dort entdecken, daß nach unserer Auffassung, eine Räteverfassung nur mit der aktiven Unterstützung der großen Mehrheit der Lohnabhängigen möglich ist, d.h. in der BRD mit der absoluten Mehrheit der Bevölkerung. Der Senat würde weiter entdecken, daß wir ein Mehrparteiensystem mit politischen Oppositionen, mit breiterer Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit vorsehen als heute, weil diese Grundrechte nicht nur allen schaffenden Menschen gewährt werden sollen, sondern sie auch die materiellen Mittel zu ihrer praktischen Ausübung enthalten müssen. Daraus ergibt sich nun eine interessante Fragestellung über die "freiheitlich demokratische Grundordnung", die der Senat gegen die IV. Internationale zu verteidigen vorgibt. Denn die Verfassung der BRD gewährt die Grundrechte ebenfalls, wenigstens formal, schützt aber gleichzeitig nach der Interpretation des Westberliner Senats die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Was geschieht nun, wenn die Mehrheit der Bevölkerung sich in Ausübung ihrer Grundrechte für die Aufhebung dieser Gesellschaftsordnung ausspricht? Das ist genau der Fall, den wir anstreben. Sollen in diesem Fall dann die politischen Grundrechte auf dem Altar des goldenen Kalbs, oder das goldene Kalb auf dem Altar der Grundrechte geopfert werden? Der Senat hat sich offensichtlich für das goldene Kalb entschieden, wenn er uns Bruch mit einer "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" vorwirft. Unter die Definition der Verfassungswidrigkeit durch den Senat würden nicht nur Karl Marx und Friedrich Engels, August Bebel, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fallen, sondern vor 1923 sogar Karl Kautsky, Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid. All diese führenden Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung befürworten den revolutionären Sturz des Kapitalismus und die Einführung einer Staatsform wie jener der Pariser Commune, d.h. einer demokratischn Räterepublik, wie sie die IV. Internationale heute anstrebt.

5. Der Westberliner Senat hat sich ausländische Kronzeugen gesucht. Er will die "umstürzlerischen Umtriebe von Ernest Mandel" mit der Tatsache beweisen, daß dieser aus den USA, Frankreich und der Schweiz ausgewiesen worden ist. Was der Senat allerdings nicht hinzufügt ist, daß 350 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Schweiz, darunter namentlich 15 sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete (Nationalräte) sowie zahlreiche Gewerkschaftsführer gegen den Ausweisungsbeschluß eines während des Krieges als notorischen Antisemitisten bekannten Polizeiministers protestierten; daß das Bundesgericht der USA (Federal Court) den Ausweisungsbefehl als verfassungswidrig erklärte (gegenwärtig läuft eine Klage der US-Regierung vor dem obersten Gericht der USA) und daß zahlreiche bekannte Hochschullehrer wie Prof. Wassili Leontief und Prof. Galbraith, zahlreiche Zeitungen wie die New York Times und die Washington Post gegen diese Ausweisung protestierten. Dasselbe gilt noch in viel größerem Maße für die Ausweisung in Frankreich. Das Ungeheuerliche an diesem feigen Sich-verstecken hinter ausländischen Autoritäten liegt hierin, daß die Erklärung des Senats ausdrücklich hervorhebt, meine Ausweisung aus diesen Ländern sei nicht wegen irgendwelchen strafbaren Handlungen, sondern wegen "Agitations- und Schulungstätigkeit" erfolgt, d.h. wegen der Ausübung elemtarster Rechte wie Redefreiheit.

6. Damit ist dieser Beschluß nicht nur eine Schande, sondern er ist darüberhinaus eine politische Dummheit ohnesgleichen. Er ist ein Zugeständnis der SPD an die ununterbrochene Hetze der Rechten in der BRD gegen die Präsenz von Marxisten im Ausbildungssektor. Aber die demokratischen Grundrechte können nicht zu 75 oder zu 66% "gesichert" werden; man sichert sie integral oder aber die fangen an abzubröckeln. Wenn SPDler dies selbst sogar beschleunigen, vergessen sie auf leichtfertige und verbrecherische Weise die Lehre der Geschichte: Denn niemand weiß, wer diesen Prozeß eines Tages zu Ende führen wird. Muß ich den Westberliner Senat daran erinnern, daß sämtliche sozialdemokratischen Organisationen und Zeitungen im 3. Reich schon einmal als "marxistisch" verboten wurden? Wenn nicht alle Organisationen der Arbeiterbewegung zusammenhalten, um die demokratischen Grundrechte insgesamt zu garantieren, dann kann das Großkapital und seine Schergen auf sie die Salami-Taktik anwenden und sie isoliert und nacheinander zerschlagen. Daß zumindest die französischen Sozialdemokraten besser als ihre westdeutschen Kollegen verstanden, denn sie setzen sich in letzter Zeit sehr aktiv für die Verteidigung sämtlicher Grundrechte für unsere französischen Genossen der Ligue Communiste ein.

7. Wir erwarten mit Neugierde die Stellungnahme der Notgemeinschaft. Denn hier liegt doch ein eindeutiger Fall vor, wo die "Freiheit von Lehre und Forschung beeinträchtigt wird. Sollte die Notgemeinschaft den Beschluß des Westberliner Senats nicht angreifen, dann wird sie sich endgültig als Befürworter in nicht der Freiheit der Lehre, sondern des Lehrmonopols nur für eine Geistesströmung, d.h. als Befürworterin der Unfreiheit entlarven.

8. Worum es sich in Wirklichkeit handelt, ist die rigide Verhinderung jeglichen Marxismus-Studiums an den Hochschulen überhaupt, das von Marxisten selbst getragen wird. Zunächst hieß es, es gebe keine wissenschaftlich kompetenten Marxisten. Nachdem mir jedoch Senator Stein die Kompetenz ausdrücklich bestätigt hat, heißt es nun, politisch-aktive Marxisten könnten nicht berufen werden. Da aber die politische Praxis integraler Bestandteil des Marxismus ist, wird dadurch jegliche Berufung wirklicher Marxisten unterbunden. Letztlich beweist der Westberliner Senat damit, daß er Gegner einer wirklich pluralistischen Hochschule ist. Er stellt sich damit zugleich ein Minderwertigkeitszeugnis aus, weil diese Gegnerschaft nur aus der Furcht vor einer geistigen Auseinandersetzung entstehen kann. Daß ich an der Freien Universität weder Bomben schmeißen noch Maschinengewehre aufstellen will, ist selbstredend. Es geht ausschließlich darum, den zahlreichen sozialistischen Studenten die Gelegenheit zu geben, im Rahmen ihres Universitätsstudiums einen Unterricht zu ermöglichen, der ihren Bedürfnissen entspricht und gleichzeitig Marxisten und Nichtmarxisten in die Lage zu versetzen, ihre Ansichten bezüglich der wissenschaftlichen Analyse und theoretischen Erfassung der Ökonomie einer Gesellschaft miteinander zu konfrontieren. Mir kommt eine solche Konfrontation nur gelegen, denn der Marxismus gedeiht in einer Atmosphäre ständiger, scharfer, wissenschaftlicher Kritik am besten. Daß der Berliner Senat sich fürchtet, spricht Bände über die fehlende Zuversicht zu seinen eigenen Ideen und die ihm fehlende Bereitschaft, auch nur einige Elemente von Selbstverwaltung an der Universität praktizieren zu lassen.
Durch diesen Versuch der Restauration der autoritären Hochschule werden ständige Unruhen offen und zynisch provoziert.

Todfeind – für wen?

Der Fall Ernest Mandel: Bürokraten spielen sich in die Hände

Welt der Arbeit, 24.3.72 (DGB)

Lenin reiste in einem plombierten Waggon durch Deutschland. Trotzki fand, auf der Flucht vor Stalin, noch kurzen Unterschlupf in Berlin. Aber der Nachfahr beider, der belgische Professor Ernest Mandel, darf den Boden der Bundesrepublik nicht betreten. Ist er gefährlicher als Lenin, als Trotzki? Wer den Brüsseler Marxisten erlebte, wie er vor einer Podiumsdiskussion mit Studenten den gutbügerlichen Anzug noch schnell gegen einen roten Pullover mit Cordhose wechselte, wird in ihm kaum einen bedrohlichen Staatsfeind erkennen können.

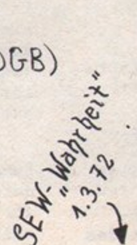
Bundesinnenminister Genscher sieht das alles freilich ganz anders. Gemeinsam mit seinen Länderkollegen bietet er alle Mittel der Staatsgewalt auf, um dem einsamen Umstürzler Mandel die Einreise zu verwehren, ein Anblick, der die Grenzen der Lächerlichkeit streift. Selbst die katholische Zeitung „Le Peuple" amüsiert sich in Brüssel: „Wie kommt es eigentlich, daß Belgien noch steht?"

Nun, Belgien steht noch, obwohl der Mandel mit seiner Handvoll Trotzkisten früher an jedem Streik in der Boringe teilnahm und sich dabei vor allem der Verfolgung der Kommunisten erwehren mußte. Frankreich steht auch noch, obwohl Mandel bei den Maiunruhen 1968 nach Paris eilte, um dort vergeblich in das Rad der Geschichte zu greifen. Seither beschränkt sich der belgische Professor, dessen wissenschaftlicher Rang außer Frage steht, auf die theoretische Erkundung eines dritten Weges zum Sozialismus.

Die „Vierte Internationale" der Trotzkisten, deren Sekretär er ist, möchte zwar eine Weltbewegung sein, bleibt aber dennoch ein Sektiererklub kluger Köpfe im Zustand dauernder ideologischer Zellteilung. Sie lebt vornehmlich vom unversöhnlichen Haß ihrer Gegner. Welches aber sind diese Gegner? Man muß nur in den Dokumenten der Stalinschen Terrorwelle von 1938 nachblättern, muß die kommunistischen Schauprozesse der Nachkriegszeit studieren, braucht auch heute nur irgendeine der östlichen Parteizeitungen aufzuschlagen, um den Trotzkismus als den eigentlichen Todfeind (neben dem Sozialdemokratismus) angeprangert zu finden.

Wem nützt es also, daß Mandel nun an der Freien Universität in Berlin nicht lehren darf? Es nützt vor allem den kommunistischen Bürokraten auf der anderen Seite, die den Windhauch eines neuen sozialistischen Gedankens ebenso fürchten wie die Pest. Es nützt sicher nicht der Freien Universität, die nun im Sommersemester neuen inneren Belastungsproben entgegengeht und auf die Mitarbeit eines Mannes verzichten muß, der das Talent und die Autorität besitzt, studentisches Ungestüm in die Bahnen einer zuchtvollen wissenschaftlichen Diskussion zu lenken. Wieder einmal triumphiert bürokratische Engstirnigkeit. Ein Fehler? Mehr noch: Eine Dummheit.

F. R.





Hier soll ein Exempel statuiert werden, für das man einen Trotzkisten ausgewählt hat. Die „Schlauberger" vom Innensenat wissen natürlich ganz genau, daß Mandels konvergenzlerische, antisozialistische „Theorie" nicht die Spur einer Gefahr für das spätkapitalistische System bedeutet. Da ihnen aber Solidarisierung als Antwort auf ihre reaktionäre Politik unvermeidlich erscheint, ist ihnen Solidarisierung mit dem Vertreter einer „Lehre", die nirgendwo die Welt verändert hat noch sie je verändern wird, lieber als Solidarisierung etwa mit Vertretern des wissenschaftlichen Sozialismus.

Solidarität wird es geben, aber nicht wegen eines Professors, dessen Antikommunismus schon von dem der Herrschenden im wesentlichen dadurch unterscheidet, daß er seine Feindschaft gegen die Sowjetunion und den existenten Sozialismus pseudolinks und pseudowissenschaftlich verschleiert, sondern Solidarität im Kampf gegen das reaktionäre, auf die Interessen des Großkapitals abgestimmte Bildungssystem und seine Vertreter in den Parteien.

Die „Baader-Meinhof-Bande" sind wir!

THESEN ZUR STRATEGIE DER PRESSE IN DER HETZKAMPAGNE GEGEN DIE BAADER-MEINHOF-GRUPPE / Komitee "Solidarität mit Peter Brückner

Seit 2 Jahren wird in der BRD unter sozialliberalem Patronat eine systematische Pogromhetze gegen ein Phantom entfacht: die Baader-Meinhof-Gruppe.
Eine entscheidende Rolle beim Vorbereiten und Organisieren der kollektiven Hatz kommt dabei naturgemäß den Massenmedien zu. Es genügt, sich einmal etwas genauer anzuschauen, in welcher Weise die Zeitungen - und nicht etwa die des Springer-Konzerns allein - in den letzten Tagen den Ruhlang-Prozeß und die in diesem Prozeß produzierten phantastischen Verdächtigungen, Gerüchte und Behauptungen rezipiert und kommentiert haben, um ansatzweise die Strategie der Massenmedien in ihrer neuen Funktion als verlängerter Arm der Exekutive bestimmen zu können.

1.) Zunächst einmal wird die Baader-Meinhof-Gruppe als ein Ensemble beschrieben, in dem die vielfältigen Erscheinungsformen des Abnormen und Schmutzigen: Kriminalität, sexuelle Ausschweifung, Alkoholismus und Rauschgiftkonsum sich in abscheulichster Weise zu einem Konglomerat des Bösen verbunden haben. Daß es sich hier schlichtweg um einen Haufen Verbrecher handle, nicht etwa um eine politische Organisation, mit deren politischen Zielen eine inhaltliche Auseinandersetzung erforderlich sein könnte, möchte die FAZ via Sprachregelung im voraus dekretieren. Dieses seriöse Blatt schlägt - stellvertretend für andere - ausdrücklich vor, die Leute um Baader und Meinhof als eine "Bande" zu bezeichnen, als eine "kriminelle Vereinigung", die "den verharmlosenden, sogar beschönigenden Titel einer 'Gruppe' ganz offenkundig nicht mehr verdient." (FAZ, 21.1.72)
Daß solches Gangstertum auch in den sexuellen Verhaltensweisen sich niederschlagen muß, versteht sich; die Erinnerung an andere "Polit-Gangster" drängt sich auf, die, die 1967 sich Kommune nannten, und darauf spielt denn auch die Schlagzeile der HAMBURGER MORGENPOST vom letzten Konnerstag an: "Die Chefin war für alle da" heißt es dort, und: "Im Bett macht Ulrike Meinhof ihren Männern Mut". Die beiden Photos darunter, eins von Ulrike, eines von Peter Brückner machen dann plausibel, daß auch der Professor irgendwie in die Vögelei verwickelt gewesen sein muß, was bei einem, der sich mit Psychoanalyse beschäftigt und Bücher über "Schülerliebe" schreibt, ja auch kaum überrascht.
Dann natürlich der Alkohol: bis zum Erbrechen werden in allen Berichten Histörchen widergekäut, wie Komplice Jansen im Suff einen Unfall gebaut haben soll und wie Ruhland selbst nach dem Einbruch in - soll man es glauben? - ein Rathaus eine Flasche Weinbrand ausgetrunken hat - zur Hälfte, fast ganz oder ganz, je nach der Seriosität der Zeitung.
Der Genialität der WELT-Redakteure freilich bleibt es vorbehalten, auch noch aus dem Rauschgift-Motiv etwas für die Baader-Meinhof-Kampagne herauszuschlagen, indem in einem ganz anderen Kontext, den Bericht über angebliche Banküberfälle, geschickt das Ruhland-Wort hineinmontiert wird, Haschisch rege an. Dann kann die Skrupellosigkeit der Bande freilich nicht mehr überraschen: Lehrer, Ärzte und Pfarrer haben's ja immer gesagt.

Diese Beispiele mögen komisch klingen - zur Heiterkeit besteht jedoch kein Anlaß. Zu finster sind die Zwecke, die die Inszenierung dieses Spuks verfolgt. Hier wird systematisch an jene unterdrückten Bedürfnisse der Massen appelliert, die unter den repressiven Bedingungen der autoritären Gesellschaft zur Befriedigung nie zugelassen werden dürfen, aber gleichwohl existieren, hier wird systematisch ein Klima kollektiver Geilheit - Substitut für das Interesse* selber - produziert und gleichzeitig die Reproduktion der Verdrängung ermöglicht, das Ableiten des freigesetzten Bedürfnis-Potentials in Aggressivität. Die soziale Integration der "guten Bürger"-und dieses imaginäre Kollektiv kennt in der Tat keine Klassengrenzen mehr, umfaßt Proletariat und "Mittelschichten" gleichermaßen - soll dadurch hergestellt werden, daß der Inhalt der eigenen, freilich immer schon verdrängten und entstellten Bedürfnisse auf eine Minorität projiziert wird, auf die dann - faschistoide Verzerrung von Solidarität - der ganze Haß gemeinsam sich entladen kann, der eigentlich jenen gilt, die die Verlängerung des Verzichts auf freie Bedürfnisentfaltung zu einem Zeitpunkt erzwingen, wo sie historisch längst möglich wäre. Die Strategie der Massenmedien besteht in diesem Zusammenhang also einfach darin, solche Minoritäten, solche out-groups - und da ist die Baader-Meinhof-Gruppe nur ein Beispiel - als mögliche Objekte von Projektion und Aggression zu produzieren. Sollte diese Rechnung aufgehen, sollte es der Presse wirklich gelingen, die solchermaßen disponibel gemachte Öffentlichkeit - und mit "Öffentlichkeit" ist unterm Spätkapitalismus nicht mehr gemeint als eben jenes imaginäre Kollektiv der "guten Bürger" - zum kollektiven Hatzsubjekt umzufunktionieren, das für beliebige administrative Zwecke fungibilisiert werden kann, dann hätten die Sorgen jenes Kommentators der HAZ ein Ende, der da klagt:"Wären die Bundesbürger wirklich ein einig Volk von Jägern, die seit Jahren gejagten Hasen wären längst zur Strecke gebracht."

2.) Mobilisiert werden soll aber auch das bei den Massen vermutete Ressentiment gegen die Intellektuellen. Darauf zielt etwa die WELT, wenn sie die Baader-Meinhof-Gruppe als "intellektuelle und politische Schickeria", ihre angeblilchen Helfer als "Sympathisanten-Intelligentsia" diffamiert. Zum Mittel, diese Ressentiments wirksam werden zu lassen, wird der Presse die Figur des Karl-Heinz Ruhland. Ruhland, laut HAMBURGER MORGENPOST "nur ein kleiner Mann mit Rotschopf", eher unpolitisch, "friedlich-freundlich" (FRANKFURTER RUNDSCHAU), ein bissel naiv wohl, aber dann doch humorig und gewitzt und überhaupt, wie das HAMBURGER ABENDBLATT herausstellt, ein "waschechter Berliner", er ist selbst im Grunde ein Opfer, "offensichtlich einer dieser nützlichen Idioten, deren sich die rote Intelligentzia bediente, um ihre Pläne ausführen zu können." (HAMBURGER ABENDBLATT)
Dieser Ruhland, dieser kleine Autoschlosser ist der Handwerker, der für die theoretisierenden Herrensöhnchen die Drecksarbeit machen muß. In dieser Rolle wird er der Masse der sogenannten "kleinen Leute" als Identifikationsobjekt präsentiert. Suggeriert wird - und das soll gar nicht an erster Stelle die Baader-Meinhof-Gruppe treffen, sondern die Ansätze sozialistischer Politik überhaupt - daß das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis, unter dessen Herrschaft der, der körperlich arbeiten muß, Tag für Tag am eigenen Leib erfährt, daß er der Dumme ist, in den Organisationen der Linken potenziert wiederkehre. Jeder Proletarier soll sich als potentielles Opfer jener bürgerlichen Intellektuellen begreifen lernen, die in seinem Namen zu sprechen nur behaupten.

Das erschreckendste Beispiel dafür, wie das Unbehagen der Massen der Theorie gegenüber instrumentalisiert werden soll, liefert vielleicht das HAMBURGER ABENDBLATT. Daß Ruhland letzten Endes auf der richti gen Seite steht, nur halt verführt worden ist, wird dort schon aus der Tatsache abgeleitet, daß er Schwierigkeiten mit der deutschen Grammatik hat. Verstümmelte Sprache wird so zur Erkennungsmarke nicht intellektuell zersetzter Zuverlässigkeit.

Die Strategie der Presse zielt darüberhinaus darauf, das antitheoretische Ressentiment mit dem gegen die feinen Leute, die honorigen Kreise etc. zu verbinden. Dabei werden existierende Momente eines freilich latenten Klassenbewußtseins der Arbeiter, das berechtigte Gefühl "derer da unten", von der bürgerlichen Klasse beschissen zu werden, aufgegriffen und perfid in ihr Gegenteil verkehrt. Gerade in denen sollen die Massen den wahren "Klassenfeind" sehen, die sich am nachdrücklichsten für ihre Emanzipation eingesetzt haben. Sie gilt es im Bund mit der geballten Macht von Staat und Polizei zu verfolgen. Jenes Photo im HAMBURGER ABENDBLATT, das vorn ebenso fröhlich wie effizient wirkende Bullen und im Hintergrund strahlende Bauarbeiter mit ihren schmucken Helmen zeigt, dokumentiert imperativisch die Einheit der Interessen von Proletariat und Staatsgewalt.

3.) Das so aufbereitete psychische Material wird nun von der Presse benutzt, um ausgehend von dem Anlaß, den die Existenz der Baader-Meinhof-Gruppe gibt, die Hatz auf jene zu organisieren, die es wirklich zu treffen gilt. Das sind zunächst einmal jene von Ruhland belasteten, als "direkte Helfershelfer" apostrophierten einzelnen Personen, die dann freilich mit dem immer wiederkehrenden Verweis auf ihre soziale Position nur als die momentan bekannten Exponenten bestimmter Gruppen der Bevölkerung verstanden werden. Prägnant faßt die als liberal sich verstehende SZ in einer Balkenüberschrift zusammen:"Angebliche Randfiguren: Vom Professor zum Priester, vom Journalisten zum Ingenieur". Suggeriert wird hiermit, daß in diesem Prozeß der Falsche auf der Anklagebank sitzt, daß vielmehr jene die wirklichen Hauptfiguren sind, die unter dem Etikett der "gutbürgerlichen" oder "honorigen Kreise" zusammengefaßt werden. Hauptfiguren sind sie allerdings eben nicht als Individuen, auch nicht wirklich als Repräsentanten einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht - das Stereotyp der "gutbürgerlichen Kreise" hat lediglich propagandistischen Sinn, dient nur dazu, existierende Ressentiments in den Massen aufzugreifen - sondern als Repräsentanten einer bestimmten politischen Theorie.
Es ist die ganze politische Linke der BRD, die hier zum Objekt der breit angelegten Hetzkampagne der Massenmedien wird. Dies enthüllen schon beiläufige Formulierungen, Andeutungen und Analogien: so die Verwendung des Schrecknamens Lenin in fast allen Zeitungsberichten, die Erwähnung Berlins als "ideologisches Zentrum" der Baader-Meinhof-Gruppe in Springers WELT, wobei vermittels der Reminiszenzen an die Rolle Berlins in der Studentenbewegung unschwer die Verbindung zur gesamten Linken sich herstellt, der Hinweis, daß die Konfrontation Brückners mit Ruhland just an dem Tag stattfinden werde, an dem - laut DKP-Kalender - vor 54 Jahren die Rote Armee gegründet wurde. In demselben Blatt wird Brückner unterstellt, sich öffentlich über "Vorzüge des politischen Systems der 'DDR' " geäußert zu haben, was nonchalant mit dem Hinweis verbunden wird, daß er aus Dresden stamme und "dort einen Teil der Entwicklung der gegenwärtigen 'DDR' miterlebt"habe, "ehe er in die BRD kam".
Diese Äußerungen gewinnen ihre suggestive Kraft dadurch, daß sie auf immer schon vorhandene, sedimentierte Vorurteile sich beziehen können. Sie knüpfen an der praktisch ungebrochenen Kontinuität einer Vorurteilsstruktur an, die sich für Deutschland historisch über die Bolschewikenfurcht nach dem 1. Weltkrieg, den Antisemitismus in der Zeit des Faschismus und den Antikommunismus der fünfziger Jahre hergestellt hat. Auf dem gut vorbereiteten Boden solcher Rezeptionsstrukturen läßt sich der Zirkel der prospektiven Opfer leicht erweitern: durch fadenscheinig konstruierte Beziehungen zu den verdächtigten Prominenten gerät alles in die Schußlinie, was unbequem ist - so die Universität Bremen, zu deren Berufungskommission Brückner gehören soll, der liberale Sender Radio Bremen, dessen Regieassistent G. von Einem mit der Baader-Meinhof-Gruppe in Verbindung gebracht wird, das Modell der antiautoritären Kinderläden, indem man Monika Seifert zur Komplicin Ulrike Meinhofs abstempelt usw.
Offenbar wird die Tendenz zur Liquidation der Linken überhaupt in einem Kommentar von Herbert Kremp, dem Chefredakteur der WELT. Zunächst warnt er davor, es von Intellektuellen, "politisierenden Soziologen" usw. sich ausreden zu lassen, daß es bei der Baader-Meinhof-Gruppe um Kriminelle sich handle. Weiter heißt es, daß "zwischen der Baader-Meinhof-Gruppe und den vermuteten Helferskreisen eine geistige und gesinnungsmäßige Verwandtschaft" bestehe, woraus der Schluß gezogen wird, daß die eigentliche Gefahr nicht die Gruppe selber, sondern der "böllernde Schreibtischhelfer", der sozialistische Theoretiker ist:"Wir haben es primär nicht mit Kriminalität zu tun, sondern mit etwas ungleich Gefährlicherem: mit einer extremistischen Ideologie, die unter Umständen jede verbrecherische Handlung zu rechtfertigen vermag, zu legitimieren bereit ist."

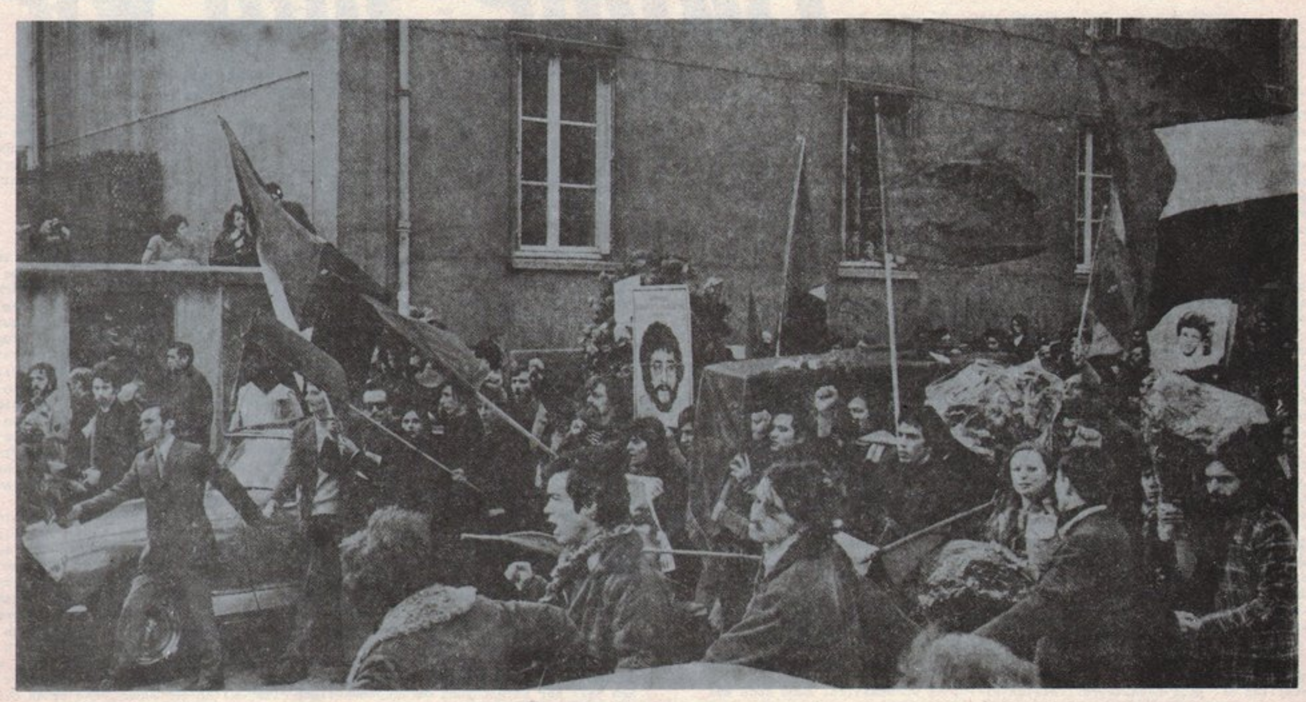
4.) Sich durchhaltendes Moment aller Presseberichterstattung ist die Darstellung des Ruhland-Prozesses als Schauprozeß. Zwar ist Ruhland offiziell der Angeklagte, in Wirklichkeit aber fungiert er als Kronzeuge in einem ganz anderen Prozeß: gegen die Baader-Meinhof-Gruppe, ihre Helfer, gegen die gesamte kritische Intelligenz. Genauso, nämlich als behutsam zu behandelnder Zeuge der Anklage, wird er denn auch von der Presse eingestuft. Die eigentlich kriminellen Vergehen Ruhlands, der laut HAMBURGER MORGENPOST "ein durch und durch freundlicher Zeitgenosse" ist, und der es so naiv-unschuldig versteht, "einen Gerichtssaal in gute Laune zu versetzen", werden vor dem Hintergrund der künftig zu erwartenden Prozesse gegen die politischen Täter verniedlicht, erscheinen harmlos gegen das Verbrechen der "extremistischen Ideologie". So wird denn hier schon die Prozeßstrategie für die Zukunft eingeübt und vorgeführt. Lobend erwähnt die SZ das "Zusammenspiel von Vorsitzendem und Angeklagtem", das nach dem Reiz-Reaktions-Schema perfekt abläuft: "Senatspräsident Franz Weber braucht aus den Akten nur Stichworte zu geben, und schon sprudelt es aus dem Angeklagten heraus". Es handelt sich, wie die FRANKFURTER RUNDSCHAU bemerkt, um ein "juristisches Schaustück", worin es nicht ums Ermitteln von Schuld oder Unschuld des Angeklagten, überhaupt nicht mehr ums Ermitteln geht, sondern darum, bereits Feststehendes in einem Rollenspiel in die Öffentlichkeit zu bringen. FRANKFURTER RUNDSCHAU: Die Details werden durchgegangen "als bespreche ein netter Lehrer mit einem sympathischen Schüler ein längst bekanntes STück !"
Dem entspricht sprachlich die in fast allen Zeitungen zu beobachtende indikativische Darstellung von Sachverhalten, die zunächst einmal nur Behauptungen oder Vermutungen sind. Das haißt: was ein wirklicher Prozeß zu beweisen hätte, ist in der Darstellung der Presse in dem Augenblick, in dem es als Vermutung ausgesprochen wird, auch schon der Fall.
Konkret bedeutet das für die von Ruhland Belasteten eine faktische Vorverurteilung, für die die Medien das Placet der Bevölkerung nicht nur einholen, sondern allererst produzieren, eine Verurteilung, die selbst durch eine etwaige offizielle Rehabilitierung der Belasteten in der sogenannten öffentlichen Meinung nicht revozierbar ist.

Ziel der gesamten Berichterstattung über den Prozeß ist es also: das, was der Schauprozeß will, publizistisch weiterzuvermitteln und so Pogromstimmung zu erzeugen. Die Presse wird damit faktisch zum verlängerten Arm der Exekutive, sorgt für das Bewußtsein der Notwendigkeit administrativer und juristischer Maßnahmen gegen bestimmte, austauschbare Zielgruppen. Diese Tendenz kommt exemplarisch zum Ausdruck in der Schlußzeile eines HAMBURGER ABENDBLATT-Kommentares: "Aber sie alle (d.h. die Zeugen und 'Hintermänner', d.Verf.) sind noch auf freiem Fuß."

GEMEINT SIND WIR!!!

* an der Sache

Werkschutz mordet



Der sarg Pierre Overneys

Overneys Tod

Freitag, 25. februar, 15 uhr: Vor dem haupttor der Renault-werke im pariser vorort Boulogne-Billancourt verteilt eine gruppe maoistischer militanter flugblätter. "Zu 15 verteilten wir flugblätter am tor; keiner von uns hatte irgendeine waffe bei sich. Es waren weniger leute da vom werkschutz als gewöhnlich: 5 waren es und 2 inspektoren in zivil. wir drangen einen meter auf das werksgelände vor, da begann das gerangel. 10 genossen kamen uns zu hilfe; sie griffen nach dem, was ihnen gerade unter die finger kam. Und da hat ein kerl in zivil kaltblütig geschossen! Keiner bedrohte ihn; ich habe es gesehen, während ich fotographierte."

Ein arbeiter, Pierre Overney ist tod. Sein mörder: Tramoni, einer der chefs der privaten werkspolizei, deren einsatzkommandos überall dort eingreifen, wo arbeiter widerstandsaktionen organisieren.

France-Inter (staatlicher rundfunk) am nachmittag des 25.2.: 80 mit eisenstangen bewaffnete linkeradikale haben heute nachmittag die Renault-Werke in Boulogne-Billancourt angegriffen. Dabei wurde ein student von einem angehörigen des werkschutzes erschossen, der sich gegen die angreifer zur wehr setzte.

Ein CGT-funktionär (CGT ist die kommunistische gewerkschaft) auf die frage von arbeitern der werksabteilung 49, was denn am haupttor geschehen sei: "Die Maos haben gerade einen arbeiter erschossen."

„Faschistische Handlanger"

Für die KPF und die CGT ist alles einfach: mörder und ermordete sind komplizen. Die linksradikalen sind "faschistische handlanger mit maoistischem etikett, speziell engagiert von der Renault-direktion". Jedes mittel ist recht, um das gespenst des Mai 68 zu verscheuchen und die arbeiter davor zu bewahren, sich erneut "provozieren" zu lassen. Dies geht selbst der Sozialistischen Partei Mitterands zu weit, die sich von diesem "amalgame" (der gleichsetzung von opfer und mörder) distanziert. Doch in Boulogne-Billancourt haben KPF und CGT erfolg. Lediglich einige 100 der 35 000 Renault-arbeiter folgen am montag, dem 28.2. dem aufruf der CFDT (ehemals christliche gewerkschaft, jetzt stark linkskatholisch und sozialistisch) zu einem Proteststreik.

Ordnungshüter und KP-chef Georges Marchais zur ermordung von Pierre Overney:

"Welch ein Glücksfall für die machthaber! Welch ungeheuerliches verbrechen der linksradikalen gruppen, die losgezogen sind, um die arbeiter von Renault an den fabriktoren zu provozieren! Ich frage: Will man wieder so anfangen wie (im Pariser Mai) 1968? Ich antworte: Nein, das darf sich nicht wiederholen!"

Von „Stalingrad" zum Père Lachaise

Repression seitens der machthaber und diffamierung seitens der KPF und CGT bewirken die erste gemeinsame aktion fast aller gruppen (nur eine fehlte) der radikalen linken seit langem. 30 000 folgten dem aufruf der PSU (links-sozialistisch-marxistische Vereinigte Sozialistische Partei), der trotzkisten, maoisten und anarchisten und ziehen am montag abend von der metro-station Charonne zum Place de Stalingrad. Die kommunistische zeitung Humanité sieht darin lediglich "eine geschmacklose demonstration gegen KPD und CGT". Einige wenige transparente, auf denen das zusammenspiel von KPF und machthabern denunziert wird, genügen, um die demonstration insgesamt als "antikommunistisch" abzustempeln.

Samstag, 4. februar: 120 000 menschen (laut Le Monde) folgen dem sarg Pierre Overneys durch die strassen von Paris zum friedhaf Père Lachaise. Zum 1. mal seit dem Pariser Mai 1968 gelang es der radikalen linken - ohne KPF und CGT! - mehr als 100 000 menschen zu mobilisieren. Die Sozialistische Partei und die CFDT hatten vertreter entsandt. KPF und CGT schickten reporter; sie zählten 25 000 demonstranten. Der bericht der polizeipräfektur von Paris meldete 18 000.

Politique Hebdo (zeitung einer kleinen linksradikalen gruppe) analysierte die ursachen dieses misserfolgs bei den Renault-arbeitern: Zwei faktoren haben sich hier ausgewirkt: die angst und ein gewisser überdruss gegenüber den linksradikalen.

Am montag lähmte die angst die arbeiter von Billancourt. Angst vor den entlas-

einen Arbeiter

sungen, die im sommer von der direktion eingeleitet worden waren. Angst aber vor allem davor, entlassen zu werden und dabei isolier zu sein angesichts einer indifferenten oder feindlichen öffentlichen meinung, die durch eine verlogene pressekampagne manipuliert wird, und die auf sie selbst nicht ohne eindruck bleibt.

Die meisten haben den genauen ablauf der ereignisse erst erfahren, als sie wieder am arbeitsplatz waren. Alle glaubten an die version von dem studenten aus der bourgeoisie, der nach Billancourt gekommen war, um arbeiter zu spielen und revolutions-lektionen zu erteilen. Erst ganz allmählich können die falschen vorstellungen ausgeräumt werden.

Aber die angst ist in wichtigen situationen kein hindernis für die klassensolidarität. Am montag aber hat sich diese solidarität nicht gezeigt. Und das ist die wichtigste tatsache. Denn viele arbeiter sind der linksradikalen ziemlich überdrüssig. Ihre verbale gewaltsamkeit, ihre "populistische" sprache und ihre aktionsmethoden werden nicht immer verstanden...

Pierre war arbeiter. Aber er war auch linksradikaler. Zu allererst linksradikaler. Und die arbeiter, selbst wenn sie sich betroffen fühlten, haben sich nicht in bewegung gesetzt. Das ist das trauerspiel. Das ist schwerwiegend. Und daraus mussen die militanten gewisse konsequenzen ziehen, was ihre aktionsmethoden betrifft.

Ein Boß wird entführt

Mittwoch, 8. märz, 7 uhr 45: Robert Nogrette verlässt seine wohnung in der rue de Sèvres in Boulogne-Billancourt. Nogrette ist stellvertretender leiter der abteilung Rélations Sociales bei Renault-Billancourt und in dieser eigenschaft zuständig für einstellungen und entlassung von arbeitern des werks. Seit 40 jahren bei Renault, hat er sich vom arbeiter zum mitglied der werksleitung hochgedient. Ein repressionstechnokrat.

An diesem morgen erscheint Nogrette nicht im werk. Wenige augenblicke nach verlassen seiner wohnung wird er von der gruppe "Pierre Overney" der Nouvelle Résistance Populaire (NRP: Neue widerstandsfront des Volkes) arritiert und in einem lieferwagen entführt. Die NRP versteht sich als "militärischer arm" der verbotenen maoistischen organisation Gauche Prolétarienne (Proletarische Linke) und ist seit 1970 im untergrund aktiv.

Welche analyse liegt dieser aktion der NRP? In dieser hinsicht ist schon der name der organisation bezeichnend; denn er suggeriert, dass die augenblickliche situation in Frankreich vergleichbar sei mit der während der besetzung des landes durch den hitlerfaschismus. Gegenüber der "protestbewegung, die sich massenhaft in den fabriken ausbreitet, und die die entstehung von massenbewegungen in allen anderen schichten des volkes bewirkt, besteht die gefahr, dass sich im lager des feindes der neue faschismus rasch durchsetzt und uneingeschränkt triumphiert". Diese gefahr müsse durch exemplarische aktionen bekämpft werden, solche die aufzeigen, dass repression und terror gebrochen werden können; aber:"...wir führen unsere aktionen nur durch, wenn uns die massen dazu auffordern", wir handeln nur "nach einem expliziten oder impliziten urteil der massen". Die legitimation zu der entführungsaktion begründet die NRP dann so: "Wir sind uns bewusst, den willen des volkes zu repräsentieren, der durch die gewaltige demonstration des volkes von Paris am letzten samstag zum ausdruck kam."

Drei forderungen stellt die NRP der Renault-direktion:

1. Die Renault-direktion zieht alle klagen zurück, die sie nach der ermordung Pierre Overneys gegen eine reihe von arbeitern und flugblattverteilern eingereicht hat.

2. Die Renault-direktion stellt alle nach der ermordung Pierre Overneys entlassenen arbeiter wieder ein.

3. Die Renault-direktion ermöglicht, dass auf dem werksgelände eine arbeiterversammlung unter folgenden bedingungen stattfinden kann: a) im versammlungsraum ist kein angehöriger der werksleitung anwesend; b) während der versammlung zieht die polizei sich aus der umgebung des werksgeländes zurück.

Findet die versammlung unter diesen bedingungen statt, so erklärt sich die NRP bereit, deren entscheidungen zu respektieren. Und drohen heisst es am schluss des ersten von der NRP veröffentlichten kommuniqués: "Wir haben kein mitleid mit faschisten, die kaltblütig einen 23jährigen arbeiter ermorden."

48 stunden später lässt die NRP Nogrette wieder frei. Keine der forderungen wurde erfüllt.

Die reaktion der arbeiter von Renault-Billancourt auf die entführung festzustellen, ist äusserst schwierig. Dass sich angesichts der repressionen kein arbeiter vor den fernsehkameras für die entführung aussprach, versteht sich von selbst. Auf der Place Nationale von Boulogne, wo die journalisten von fernsehen, rundfunk und zeitung ihr hauptquartier aufgeschlagen hatten, wimmelte

Reaktion der Arbeiter

es von polizei und werkschutz in uniform und zivil. In den interviews, die dort gemacht wurden, sprachen sich die leute zu 100 prozent gegen die "praktiken der NRP" aus.

Ein repräsentatives meinungsbild vermitteln dagegen interviews, die zwei reporter von Radio Monte Carlo unauffällig (d.h. ohne "interessierte" zuhörer) an verschiedenen orten in Boulogne-Billancourt aufgenommen haben:

(Fortsetzung nächste seite!)



Pierre Overney kurz vor der ermordung

Ein Boß...

Donnerstag, 12 uhr, Place Nationale; ein arbeiter: "Die entführung? Ich finde, das ist eine schmutzige geschichte. Man kann doch nicht soweit gehen, da, wo man lebt, auf die leute einzuhauen oder sogar zu kidnapen. Das führt zu nichts."

14 uhr 30, am tor der werksabteilung 38; schichtwechsel:
- "Ich bin mit dem mittel, das angewendet wurde, nicht einverstanden. Aber manchmal wendet man die mittel an, die sich aus der situation heraus ergeben, aus einer situation der gewalt, und hier insbesondere: der tod des jungen. Aber das ist kein grund, das, was getan wurde, systematisch zu verurteilen. Ganz und gar nicht."
- "Es gibt leute, die sind dafür, und solche, die dagegen sind. Sicher, sie sind dagegen, weil es etwas gewaltsames ist; das macht immer angst. Die dafür sind? Die sagen das schon, aber ziemlich zurückhaltend."
- "Die entführung? Mich stört sie nicht. Ich bin dafür!"
- "In meiner abteilung haben sie sich gefreut. Das hat dem fiesen typ gut getan."

Freitagmorgen, Place du Marché; ein ausländischer arbeiter: "Wir waren einverstanden, sehr einverstanden mit der entführung. Als wir davon erfuhren, sagten wir uns: hoffentlich halten sie durch! Sie hätten ihn länger behalten müssen. Alle ausländischen arbeiter bei Renault waren dafür." Reporter: "Warum haben sie das nicht gesagt, nicht gezeigt?" - "Na ja, man kann streiken. Das geld, wir brauchen es. Deswegen."

Eine frau, vielleicht 50 jahre alt: "Ich weiss nicht, ob ich dafür bin. Aber gleichzeitig empfinde ich kein mitleid mit ihm. Sie haben keins mit uns. Also, warum sollen wir welches haben? Da, wo ich arbeite, ist es genauso. Unser personalchef, der ist krank. Na ja, und wenn er einen unfall hätte, dann würde und das ziemlich freuen. Das ist böse, nicht wahr? Aber das ist so. Ich würde es nicht tun, aber ich verstehe sie gut."

Reaktion der Linken

Die reaktion der gruppen der radikalen Linken reicht von reservierter zustimmung bis zu entschiedener ablehnung. Trotzdem: der einigungsprozess, der seit der ermordung Overneys in gang gesetzt wurde, wird dadurch nicht unterbrochen. Unbeschadet der unterschiedlichen einschätzung der aktion der NRP beschliessen die gruppen, die bereits zu den demonstrationen der vorwoche aufgerufen hatten, gemeinsam eine informationskampagne durchzuführen "über die hauptprobleme, mit denen die arbeiter bei Renault und mit ihnen die gesamtheit der arbeiter und der bevölkerung heute konfrontiert sind". Seit der ermordung Pierre Overneys und der entführung Nogrettes ist manches klarer geworden in Frankreich. Die Repression zeigt sich ungeschminkter und die gruppen der radikalen Linken haben taktische meinungsverschiedenheiten zurückgestellt zugunsten der gesamten organisation des widerstandes. Denn in einem sind sich alle diese gruppen einig: die repression gegen die NRP trifft sie genauso.

Dieter Meyer

Valpreda: Die

Der anarchist Pietro Valpreda ist angeklagt, am 12. dezember 1969 eine bombe in einer mailänder bank zur explosion gebracht zu haben, bei der 16 menschen ums leben kamen. Aus Il Manifesto vom 20. februar 1972 bringen wir einen auszug aus einem bericht von Marina Valcarenghi über die methoden der faschisten, durch bombenlegen anarchistische genossen in den knast zu bringen und die zeugen ihrer morde mundtot zu machen.

16 uhr 37 - MILANO. Bombenanschlag auf die landwirtschaftliche Nationalbank am piazza Fontana: 16 tote, 90 verletzte.

16 uhr 45 - ROM. Bombenexplosion im keller der Nationalbank am S. Basilio: 14 verletzte.

17 uhr 16 - ROM. Bombenexplosion am Denkmal des Unbekannten Soldaten.

17 uhr 24 - ROM. Explosion am Denkmal des Unbekannten Soldaten: 3 verletzte.

16 uhr 30 - CIRCA.- MILANO. Zentrale der Commerzbank am Scala-platz. Ein angestellter findet in einer schwarzen tasche eine metallkassette, format 25 mal 15 cm. Nachdem sich mehrere leute die kassette angesehen hatten, wurde sie als eine nicht-explodierte bombe erkannt. Um 21 uhr 12 wurde die bombe von militär im hof der bank gesprengt; damit war die einzige konkrete spur zu den bombenlegern verwischt worden.

Unmittelbar nach den bombenanschlägen treten polizei und carabinieri in aktion. Müssen die täter erst gefunden werden, oder haben wir sie schon? Das war es, was der kommissar Calabresi gegenüber der zeitung Stampa äusserte. "In diese richtung müssen sich unsere bemühungen bewegen: extremismus, und zwar linksextremismus. warum sollten die rechten bomben am Denkmal des Unbekannten Soldaten legen? Die faschisten machen sowas nicht." (L' Unità vom 13.12.69) In einer erklärung vom 13.12.69 teilt die polizei mit, dass sich ihre untersuchungen gegen alle richten würden, die fähig sind, solche aktionen in die tat umzusetzen. Die nächsten stunden würden beweisen, dass leute, die fähig sind, solche aktioenen zu machen, nur links stehen können. Bereits am 13.12. weiss die polizei, dass die spur, die zu den anarchisten führt, die richtige spur ist. Eine ganze woche lang ist in Italien die ausserparlamentarische opposition grossangelegten razzia betroffen.

Was sind die resultate? Valpreda, Merlino, Mander, Borghese, Gargamelli, Bagnoli und Di Cola sind angeklagt worden. Alle gehören der anarchistischen gruppe "22. März" von Rom an. Alle sieben zwischen dem 12. und 15. dezember (1969) festgenommenen sitzen immer noch in haft.

Man versucht ständig in der gleichen richtung neue leute zu finden, aber das "spiel" ist schon gelaufen: die täter befinden sich bereits im netz. Die bevölkerung werden durch die presse, das radio und das fernsehen beruhigt, die weiterhin die moralische hinrichtung der sieben anarchisten betreiben, die mit ihren taten eine der übelsten seiten der geschichte geschrieben haben.

Wie ist die italienische justiz an die namen von Valpreda und genossen gelangt? Wenn man sich die offiziellen berichte der polizei ansieht, müsste die "anarchistische ballerina" (Valpreda ist von beruf tänzer; d.red.) durch den taxifahrer Rolandi, der sich am 15. dezember freiwillig als augenzeuge zur verfügung stellte, arg in die klemme kommen. Die anderen in Rom

»Die Kommunisten lieben leidenschaftlich ihr Land.«
(Waldeck Rochet, 10. Juni 1968)



– JE VOUS TROUVE "SINGULIÈREMENT COMPLAISANT" AVEC CES FAUTEURS DE TROUBLES ET CES PROVOCATEURS!

KPF-Mitglied: »Ich finde Sie »einmalig entgegenkommend« beim Umgang mit diesen Aufwieglern und Provokateuren.«



Les tueurs en grève :
la viande fraiche risque de faire défaut

Die Schlächter im Streik: das Frischfleisch läuft Gefahr zu verderben.

Bomben der Faschisten

sind durch das geständnis von Mario Merlino, faschistischer provokateur innerhalb der gruppe "22. März" und spitzel der politischen polizei, "festgenagelt" worden. Also Cornelio Rolandi ist sicher, das ungeheuer von Mailand zum tatort gefahren zu haben. Er stellte sich am 15. dezember freiwillig bei den carabinieri als augenzeuge zur verfügung und bestätigte, am 12. dezember, 16 uhr einen herrn um die 40 vom Beccariaplatz in richtung Albricci gefahren zu haben. Vor der bank angekommen, bittet der fahrgast den fahrer, zu halten und ein paar minuten zu warten, geht in die bank hinein, und als er wieder herauskommt, hat er seine schwarze tasche nicht mehr bei sich. So in wenigen worten.

In einem interview mit der Domenica del Corriere am 30. dezember gab Rolandie eine andere version zum besten: "Mein kunde war wenige minuten aus dem taxi ausgestiegen, als die bombe explodierte. Darauf hin bin ich schnell zurückgefahren, liess das taxi auf der strasse stehen und machte mich auf die suche nach einem polizisten. Der schrieb meinen namen und sie nummer meines wagens auf und darauf hin bin ich wenige tage später auf das polizeipräsidium gerufen worden." Auch der Corriere della Sera vom 17. dezember schrieb, dass die polizei bereits am 12. dezember mit Rolandie kontakt aufgenommen hatte.

Wichtig zu bemerken ist, dass im fahrtenbuch von Rolandi das datum des 11. dezember geändert worden ist: für den 11. wurde der 12. dezember eingesetzt! Ausserdem wurden an diesem vom 11. zum 12. dezember korrigierten tag keine weitere fahrten, als die mit dem angeblichen bombenleger eingetragen.

Im übrigen war die belohnung von 50 millionen lire bereits am 14. dezember im Giorno publiziert worden (die offizielle nachricht kam erst 48 stunden später).

Und die polizei fand nichts seltsames dabei, wenn ein fahrgast 100 meter vor einer bank ein taxi bestellt, um sich 100 meter hinter die bank fahren zu lassen, wo er diese strecke gut zu fuss hätte gehen können. Ohne die absurdität dieser erzählung zu bemerken, nimmt die polizei gleich an, dass dieser seltsame reisende das ungeheuer ist.

Das einzige problem ist nur noch, das ungeheuer wiederzuerkennen. Der taxifahrer wurde am 16. dezember nach Rom geflogen, wohin Valpreda genau einen tag vorher hingefahren worden war. Bis dahin hatte Rolandi kein foto von den sieben verhafteten erkannt. Man fragt sich nun, warum ausgerechnet Valpreda zur erkennung nach Rom gebracht wird und nicht irgendein anderer. Die staatsanwaltschaft stellt sich diese frage nicht. Es ist für sie irrelevant, da der polizeipräsident von Mailand dem Rolandi einen abend zuvor ein bild von Valpreda gezeigt hatte - und nur ein bild von Valpreda. Gegenüber Calvi, dem verteidiger von Valpreda, äusserte sich der taxifahrer hierzu so: "Ah ja! In Mailand hatte man mir ein bild gezeigt und mir gesat, das sei der mann, den ich erkennen müsse." So vorbereitet rief Rolandi wenige stunden später: "Das ist er!", als er mit seinem finger auf Valpreda deutete, der zwischen vier polizisten sass.

Die toten Zeugen

Seit den zwei jahren, die nach den bombenanschlägen vergangen sind, sind bis heute sieben menschen augenzeugen für den prozess, ums leben gekommen, sechs davon durch einen unnatürlichen tod.

GIUSEPPE PINELLI, angestellter der eisenbahn in Mailand, 41 jahre, anarchist. Drei stunden nach dem bombenanschlag in Mailand verhaftet, wird über den legalen hafttermin hinaus festgehalten, begeht in der nacht vom 15. dezember, wenige minuten vor mitternacht im büro des kommissars Calabresi "selbstmord". (Es wird behauptet, er sei aus dem fenster gesprungen; d.red.)

ARMANDO CALZOLARI, alias Dino, 43 jahre, ehemaliger obrist in der italienischen marine, rechte hand von Valerio Borghese (berüchtigter faschist; d.red.), wirtschaftskurator der Nationalen Front, eine rechtsextremistische organisation. beziehungen zu anderen rechtsextremistischen organisationen, insbesondere zu solchen in USA. Seit einem spaziergang mit seinem hund am 25. dezember 1969 wärde er vermist. Noch bevor seine leiche gefunden wurde, äusserte der faschist und v-mann Loi gegenüber der polizei, dass er nicht so enden möchte wie Calzolari. Er erzählte von sitzungen rechtsextremer gruppen, vor allem von denen der Nationale Front seit november 1969. Bei einer dieser sitzungen soll Calzolari einmal aufgesprungen sein und geschrieen haben: "Ihr seit alle mörder!"

ANNELISE BORTH, auch Muki genannt, 18 jahre, ANGELO CASILE, 20, GIOVANNI ARICO, 20, alle drei anarchisten, kamen bei einem autounfall ums leben. Die beiden italienischen genossen waren augenzeugen für den Valpreda-prozess. Zu bemerken ist, dass der vater von einem dieser jungen einen tag vor dem unfall von einem befreundeten polizisten angerufen wurde und dieser ihm mitteilte, er solle seinen soh sohn an diesem tag nicht wegfahren lassen.

CORNELIO ROLANDI, 49 jahre, mailänder taxifahrer, wichtigster zeuge der staatsanwaltschaft, starb am 16. juli 1971 eines "natürlichen" todes: in der badewanne.

VITTORIO AMBROSINI, 70 jahre, anwalt, vertraut mit verschiedenen rechten gruppen innerhalb und ausserhalb des parlaments. Am 14. dezember 1969 flog er zwei stunden vor seiner entlassung aus dem fenster einer klinik. Achille Stuani, ein freund von ihm und ehemaliger abgeordneter der KPI, sagte in einem interview: Der anwalt Ambrosini äusserte einmal gegenüber einem freund, dass er an verschiedenen sitzungen der rechtsextremen gruppe Ordine Nuovo bzw. Nuovo Ordine teilgenommen habe und dass seiner meinung nach die täter in diesem kreis zu suchen seien.

Meinungen zum Fall Feltrinelli

Fritz J. Raddatz (Spiegel 14/72):

Man kann das aber auch anders erzählen: Wer nämlich den angeschossenen, mittellosen Dutschke aufnahm, ihm Obdach gab, Ärzte besorgte — das war eben Feltrinelli. Und in wessen Gardasee-Besitz zwar die Telephonanrufe ankamen, wer aber den witterndgierigen Run auf Cohn-Bendits Buch *nicht* mitmachte — das war auch Feltrinelli: „Ich verlege keine anarchistischen Bücher, ich bin kein Anarchist", sagte er zu mir. Ein Zeugnis, dessen man sich heute erinnern sollte.

Es kann und soll hier nicht beschworen werden, wie Feltrinelli starb. Der Aufstand der italienischen Presse ist Beweis der politischen Relevanz des „Falles" für die italienische Innenpolitik. Sogar die konservative „Sunday Times" schreibt: „War Feltrinelli vielleicht tot, bevor sein Körper explodierte? Wie konnten mehrere Nitroglycerinstäbe an seinem Körper explodieren, ohne die anderen Stäbe an dem Hochspannungsmast zur Explosion zu bringen? Was gefragt werden muß, ist: Wer hat den Nutzen der Affäre Feltrinelli? Die Antwort ist: mit Sicherheit nicht die Linke oder auch nur die gemäßigten Parteien."

Es bleiben zahllose Unklarheiten: Wieso wird dem „Einzeltäter" beim ungeschickten *Hantieren* mit Dynamit der *Unterleib* abgerissen; wieso fand sich drei Tage nicht die Brille des extrem Kurzsichtigen; wieso fanden sich Chloroformspuren im Urin; wieso stellte aber die Magenanalyse fest: „nichts gegessen seit einem Tag"; wieso sind nie die Schlüssel zu dem Wagen, der am „Tatort" stand, gefunden worden? Schwerste Bedenklichkeit, für den Laien nahezu alibihaft: Feltrinelli war am nächsten Mittag mit seiner dritten Frau Inge, ihrem zehnjährigen Sohn Carlo und zwei Notaren zu einem — heimlichen — Treffen in der Schweiz verabredet. Ich habe den handschriftlichen Brief, mit dem dieses Rendezvous vereinbart wurde, gesehen, er trägt das Datum des 6. März 1972.

Régis Debray, der Feltrinelli-Autor, der vielleicht den größten politischen Einfluß auf ihn hatte (seit der Ausweisung aus Bolivien 1967 im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Debray hatte sich Feltrinelli evident „radikalisiert"), schreibt laut „Il Giorno":

> Die Nachricht seines Todes hat mich verstört, aber leider in keiner Weise überrascht. Feltrinelli wurde zum Opfer des wieder entstehenden Faschismus, der heute uns alle bedroht. Aber, was immer die Verantwortlichkeit der faschistischen Gruppen oder einiger geheimnisvoller Individuen sein könnte, meiner Meinung nach steht hinter dem Mord an Feltrinelli: die CIA.

Unverdächtiger als Zeuge der Nicht-Anklage ist der Stuttgarter Rechtsanwalt Ferdinand Sieger, Deutschlands führender Urheber- und Verlagsrecht-Spezialist, der in einem Brief an die „Stuttgarter Zeitung" als Reaktion auf deren Berichterstattung schrieb:

> Anfang März 1972 schon war von den Versuchen rechtsextremistischer italienischer Kreise die Rede, mit der Abwehr angeblich geplanter Gewalttätigkeiten des Linksextremisten Feltrinelli eigene Aktivitäten zu rechtfertigen. Meine Kenntnis von der Persönlichkeit Feltrinellis, seinen Charaktereigenschaften und seiner Biographie macht mir die angeblich den Selbstmord verursachende Bombenlegerei am Elektrizitätsmast unwahrscheinlich. Die Zeitphase, in der Giangiacomo spektakulär den Aufstand gegen seine eigene Herkunft bezeugen mußte, war eigentlich abgelaufen. Auch er befand sich in einer Konsolidierungsphase gegenüber seiner Familie, seinem Verlag und gegenüber seinem Verständnis für politische Realitäten.
>
> An irgendeine Beteiligung Feltrinellis an dem Mailänder Bombenattentat vom 12. Dezember 1969, das Pietro Valpreda — mich bisher ebenfalls noch nicht überzeugend — zur Last gelegt wird, glaube ich nicht. Ebensowenig an seinen Zusammenhang mit dem Hamburger Attentat vom April 1971 auf den bolivianischen Generalkonsul Roberto Quintanilla Pereira.
>
> Giangiacomo Feltrinelli war ein typisch europäischer Linksintellektueller. Ich brauche nicht einmal die Kretschmersche Typenlehre zu bemühen, um ihn weit entfernt zu wissen von den Verdächtigungen eigenhändiger Gewalttaten, deren Opfer früher Mailänder Mitbürger gewesen sein sollen, denen er unablässig Gutes zu tun sich bemühte, deren Opfer er jetzt selbst geworden sein soll.



Feltrinelli in Berlin am 1. Mai 1968

WOLFGANG HARICH (Spiegel 17/72):

Nach allem, was ich, auch aus gegnerischen Quellen, über Feltrinelli weiß, war er zu gutmütig, um irgendwelcher Brutalitäten fähig zu sein, und viel zu gescheit, um sich einzubilden, die Revolution könne durch einen momentanen Defekt bei der Stromzufuhr gefördert werden. Daß er versucht haben sollte, einen Hochspannungsmast in die Luft zu sprengen, ist für mich unvorstellbar.

Dagegen kann ich mir in Anbetracht der gegenwärtigen Kräftekonstellation in Italien sehr lebhaft vorstellen, daß die amerikanische Globalstrategie fieberhaft darauf hinarbeitet, nächstens in diesem Land „law and order" nach griechischem Muster zu etablieren — am Vorabend prekärer Parlamentswahlen, wie gehabt —, und zu dem Zweck ihre finstersten Provokateure aufgeboten hat. Ich bin daher nicht nur, wie alle urteilsfähigen Beobachter, überzeugt, daß Feltrinelli ermordet worden ist, sondern vermute darüber hinaus mit Regis Debray, daß die Mörder im Dienste der CIA stehen.

Knast-Anschriften

Herbert Goerke, Dieter Zielke, Gerhard Zawiszewski: 1 BERLIN 27, seidelstr. 39

Hans-Jürgen Donth: 1 BERLIN 13, heckerdamm 16

Ingrid Schubert, Horst Mahler, Hilmar Buddee, Dieter Kunzelmann, Alfred Mährländer, Hans Kallup, Klaus Hoppstädter, Monika Berberich, Brigitte Asdonk: 1 BERLIN 21, alt moabit 12a

Irene Goergens: 1 BERLIN 12, kantstr.79

Karl-Heinz Kuhn, Roland Otto, Peter Schult, Klaus-Dieter Hubert, Alois Aschenbrenner: 8 MÜNCHEN 90, stadelheimer str. 12

Margit Gaier-Czenki: 8 MÜNCHEN 90, am neudeck 10

Gerhard Titz: 8851 NIEDERSCHÖNFELD, jugendstrafanstalt

Fritz Teufel, Rolf Maurer: 891 LANDSBERG, hindenburgring 12

Rolf Heipler: 89 AUGSBURG, karmelitengasse 12

Edgar Wolz: 8214 BERNAU, postfach 23/5509

Heine Schoof, Rolf Pohl: 844 STRAUBING, äussere passauer str. 90

Eric Grusdat, Karl Qaiser: 54 KOBLENZ, simmernstr. 14a

Hans-Jürgen Bäcker, Astrid Proll: 5 KÖLN 30, rochusstr. 350

Heinrich Jansen, Manfred Schott: 4 DÜSSELDORF, ulmenstr. 95

Marianne Herzog: 4151 WILLICH/ANRATH, gartenstr. 2

Richard Preindl, Edmud Bach: 8602 EBRACH, jugendstrafanstalt

Werner Hoppe, Margrit Schiller, Wolfgang Grundmann, Manfred Grashof: 2 HAMBURG 36, holstenglacis 3-5, u-haft

René Menges; 2 HAMBURG 63, am hasenberge 26

Carmen Roll: 8890 AICHACH, schlossplatz 7

Larry Jackson: 666 ZWEIBRÜCKE, joachim-schwebel-str. 33

Till Meyer: 48 BIELEFELD, postfach 220

Karsten Wehmer, Reinhard Möck, Ilse Bongartz, Harry Eisermann, Klaus Neumann, Hartmut Sender, Bernd Morosow: 32 HILDESHEIM, Landger., 3. Strafkammer

Rudi Bunkowski: 334 WOLFENBÜTTEL, am ziegenmarkt 10

Sozialistisches Patienten-Kollektiv (SPK)-Heidelberg:

Dalia Michel: 707 SCHWÄBISCH GMÜND, herlikofer str. 19

Werner Schork: 68 MANNHEIM, herzogenriedstr. 111

Susanne Herminghausen: 69 HEIDELBERG, fauler pelz 1

Wolfgang Huber: 755,hildastrasse 17

Ursel Huber: 758 BÜHL am rhein, hauptstr. 94

Eckehard Blenk: 695 MOSBACH, hauptstr. 110

Post an die inhaftierten genossen vom SPK Heidelberg am besten direkt über:

Staatsanwaltschaft, 75 KARLSRUHE, z. Hd. OSta. Frank





Am Montag, den 24. April, 14 Uhr beginnt im Audimax der FU der dreitägige

Kongress über die politische Unterdrückung

Am 1. Mai 7 Veranstaltungen in Berlin!

Der DGB feiert im Saal, im Sportpalast.
Die Gewerkschaftsjugend und andere Gruppen wollen dem DGB einen Besuch abstatten...
Die SEW und ihr "Gewerkschaftliches Maikommitee" starten ihre Prozession um 10 Uhr vom Karl-Marx-Platz.
Die KPD (vormals Ohne Arbeiter) zieht ihren Ritus von der Turmstrasse aus ab, Abmarsch 10 Uhr.
Die KPD/ML ("Neue Heimat") startet ihren Arbeiter-Triumphzug um 11 Uhr am Leopold-Platz.
Die autonomen Kreuzberger Basisgruppen werden auf dem Mariannen-Platz einen Mai-Rummel veranstalten.
Die pompöseste Mai-Veranstaltung wird in Ostberlin abgezogen. Aber die bleibt uns erspart...

Kleinanzeigen

Wir suchen einen kleinen langhaarigen Hund zum Decken, unser es fast yorkshire terrier. Dringend, da nur wenige Tage Zeit! 2615134 bis 24 Uhr.

Interessenten mit Initiative für Kinderladen (1 - 2 Jahre), ab 18 Uhr: 751 81 70.

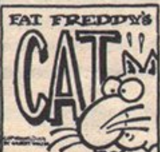
Transporte/Umzüge mit VW-Bus lt., 8 DM die Std. Zu erreich. tägl. zw. 18 u. 19 Uhr oder Postkarte: Carsten Wilkens, B. 19, Seelingstr. 48, co. Palmowski, Part. l.

Zimmer in wohngemeinschaft (6 Typen) frei! Ab 1. Mai! Miete 170,-DM, Bad, Zentralheizung, Tel., Möbel. Manfred 388 53 64

Suche billige gebr. Schreibm. zu kaufen: Walter Frey 390 63 56, Werkt. 8 - 17 Uhr.

2 C V, Tüv bis 3.73, mit Ersatzt., mehrf. Bereif., ev. Garage. Verh.basis: 650,- Wilhelm Becker B. 45, Manteufelstr. 7

Suche ganz dringend Wohnung, auch Wohngem. Habe 3jähr. Sohn. Bis 200,-DM. Sabine Berg 852 73 92 / 304 55 70.













Fiat 1500 L, Tüv 3.73, neue Masch. mit 40 000 km, Anhängekuppl., Zweikr.system, Liegesitze, Schiebed., 500,-DM. Jeden Sa. ab 15 Uhr: Köster, B. 36, Liegnitzer Str. 16.

Matratzen sucht 313 74 77

Suche 2 gebr., funktionst. Fahrräder. Müller 24 9885

CITROEN / Ami 6 abzuholen! Fahrbereit! Bei Detlef Orth, B. 61, Hasenheide 57

Suche 2 fahrräder (noch funktionst.), biete 20,-DM. Riegger, B.10, Luisenpl.3

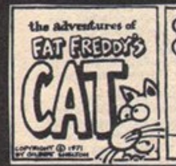
Wir suchen altes fahrrad: 784 77 86

2 C V, Bj. 65, neue Kuppl., neuer Zylinder, kein Unterrost! Rostfrei! 861 99 45

WEHRDIENSTVERWEIGERER!

Informationen über die möglichkeit der wehrdienstverweigerung in Berlin: berliner EXTRA dienst vom 30. 3. 1972.

VW-Käfer mit schiebed., link. Kotflg. und l. Tür eingedrücht, sonst tadellos. Knötig 3686385











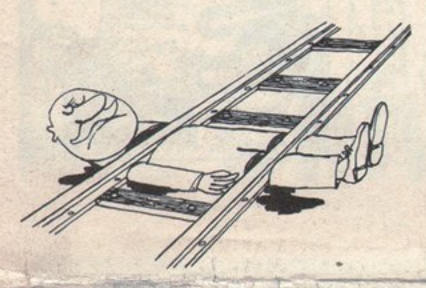


SAMISDAT in der UdSSR:

„Produktionsmittel in Arbeiterhand!"

Samisdat sind Untergrundschriften in der sowjetunion, die vor allem von intellektuellen herausgegeben werden. Wir bringen hier einen auszug aus dem "leningrader programm", in dem die autoren S. Sorin und N. Alexejeff stellung nehmen zur herrschaft der staatsbürokratie und der partei. Sie fordern, dass die produktionsmittel den arbeitern übereignet werden.

Es gibt nur einen weg, die regierende bürokratie zu expropiieren, ohne dabei die klasse der bourgeoisie wiederzuerrichten: man muss den monopolitisch-staatlichen sektor drastisch kürzen. Die meisten produktionsmittel, industriebetriebe, forschungsinstitute usw. müssen kollektiven von werktätigen oder breiteren produktionsgemeinschaften übereignet werden. Die verwaltung solcher vereinigungen muss wählbar sein, während daseigentumsrecht vollständig sein muss. Keine zwangsablieferungen, nur



Mein Großvater, der gegen die Gewalt war, legte sich auf einer Eisenbahnschiene nieder . . .

vertragliche leistungen und steuern an die staatskasse. Das bedeutet nicht etwa produktionsanarchie, weil der demokratische staat über mächtige regelnde mechanismen verfügt, wie zb. die steuerpolitik, staatliche aufträge, kreditpolitik, und mit ihrer hilfe eine ausgewogene entwicklung der volkswirtschaft, vollbeschäftigung gewährleisten und die ausbeutung der einen kollektive durch andere kollektive verhindern kann.

Im lande muss eine mächtige und von partei und staat unabhängige gewerkschaft bestehen, und ein so geheiligtes recht der werktätigen, wie das streikrecht, muss wieder eingeführt werden. Denn niemand hat anspruch auf unfehlbarkeit und auch bei völlig demokratischer ordnung werden arbeitskonflikte zwischen dem staat und arbeitern und angestellten des staatlichen sektors, zwischen der leitung einer produktionsgenossenschaft und den arbeitern einzelner betriebe nicht zu vermeiden sein.

Alles das ist keine utopie, weil jetzt, im zeitalter der zweiten industriellen revolution, gesellschaftliche beziehungen, die einem einheitlichen, zentralissierten monopolsystem eigen waren, mit der entwicklung von produktionskräften in konflikt geraten. Die wichtigste eigenschaft dieser revolution liegt darin, dass der anteil der menschen, die an der eigentlichen produktion teilnehmen, immer geringer wird... Der russische gehorsam gegen die obrigkeit und der russische langmut machten es möglich, dass sich die autokratie jahrhundertelang halten konnte, dass der stalinkult aufkam; aber die geschichte steht nicht still und russland ist heute nicht das, was es vor hundert, oder sogar noch vor zwanzig jahren gewesen ist. Weite bevölkerungsschichten beginnen zu verstehen, dass es ein nicht umkehrbarer prozess ist.

Es ist nur natürlich, dass die herrschende "nomenklatur" sich weigert, den forderungen des lebens nachzugeben - niemand gibt freiwillig eine machtstellung auf.

Unter solchen umständen entsteht unausbleiblich eine gegen die bestehende ordnung gerichtete opposition ... in form vereinzelter spontaner streiks, offener briefe, apelle, die verfassung zu achten, die tödliche parteizensur in schrifttum und kunst aufzuheben; in form des massenhaften "samisdat"; in form offener protestauftritte einzelner helden gegen verhaftungen...



LENIN:
Der anarchismus ist ein produkt der verzweiflung. Die mentalität des aus dem gleise geworfenen intellektuellen oder des lumpenproletariats, aber nicht des proletariats.

WIR:
Der heutige "sozialismus" ist ein produkt der verzweiflung. Die mentalität der aus dem gleise geworfenen funktionäre und bürokraten, aber nicht des proletariats.

(aus Eintopf)

RAF-Symphatisanten

"Gewisse symphatien" für die Baader-Meinhof-genossen haben 25 prozent der unter 30 jahre alten bundesbürger. 5 prozent der gesamtbevölkerung würden ihnen für einen tag unterschlupf gewähren. Nach der grossen fahndungsaktion in norddeutschland 1971 waren es dort 10 prozent. (Zitiert nach Allensbach im SPIEGEL 31/1971)

Impressum: Hg.: Red.koll. "BA" im Soz. Zentrum, verantw. f. diese Nr.: Franz Huckebein



Pippi Loo Comix

BY SKIP WILLIAMSON

HARRY KRISHNA

IN DER ABGESCHLOSSENHEIT EINES GROSS-STADTAPPARTEMENTS SITZEN ZWEI REVOLUTIONÄRE UND DISKUTIEREN IHRE KOSMISCHEN DURCHBLICKE!...

LASS UNS WAS FRESSEN GEHN!

SAKRA!! HOMOSEXUELLE HIPPIES! HAB SEIT DIENSTAG KEINE MEHR GEKNÜPPELT...

OH, SCHAISS...

IEK! IEK! IEK! IEK! IEK! IEK! IEK! IHK! IEK! IEK! IIIEEK!

LAUSCH! HÖRT SICH AN, ALS BENÖTIGTEN EINIGE GUTE FREUNDE MEINE UNGLAUBLICHEN REVOLUTIONÄREN TALENTE!

DIESER BULLE SOLLTE BESSER SEINE KNOCHEN NUME-RIEREN!

ACH JA, DU FASCHISTISCHES SCHWEIN! LASS DIESE IRREN VÖGEL LOS ODER MACH DICH AUF WAS GEFASST...

DU MIESSER SCHLAMMSCHEISSER!

DIES IST FÜR DEN FRIEDENSPREIS UND DAS FÜR DIE UNIBESETZUNG!

UND DAS IST FÜR OHNESORG UND DUTSCHKE UND ALLE ANDEREN!

HE MARTHA, DU SOLLTEST MAL SEHEN, WAS IM BEAT-CLUB IST!

UND HEUTE ABEND GIBT ES: „FAMILIE HESSELBACH IN DER ML" IM ERSTEN PROGRAMM!

DIE REVOLUTION SCHEINT SCHON VORÜBER ZU SEIN!

NAJA...

.... WAS WOHL MORGEN NACHMITTAG IM PROGRAMM IST?...

AGIT 1-72